

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. April 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 38

### Die kommunistische Offensive

#### I. Wegen die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien

Der 8. Januar 1921 ist als der Ausgangspunkt dessen anzusehen, was sich in den Ostertagen zu einem Aufsehen des üblichen Putschismus gestaltet hat. Reichlich die diesmalige Ausdehnung auch nicht an die früheren Vorgänge heran, so sind die verbrecherischen Mäntel doch schwerer und die Brutalität der ganze Nacht größer als bei den ruhmlosen Spartakisternen. Man war eben daran, der Arbeitererschaft beizubringen, daß die nach allen Anzeichen kräftig kommende kapitalistische Offensive, über die der „Korr.“ logisch in einigen Artikeln aufklärend zu wirken suchte, mehr als jemals eine Einheitsfront des Proletariats vorfinden müsse, da sie es bestimmten Anheilmenschen ein, die am 8. Januar mit dem „Offenen Briefe“ der Zentrale der Vereinigten kommunistischen Partei nicht ungeschickt begonnene, von ihren Vorkämpfern in der „Roten Fahne“ durch das Selbstankreihen der gewerkschaftlichen Internationale aber sofort mißkreditierte Einheitsaktion der gesamten deutschen Arbeiter- und Angestelltenchaft in eine kommunistische Offensive gegen alle nichtkommunistischen Kreise der arbeitenden Bevölkerung, also gegen die Volksmehrheit, umzuwandeln.

Für diesen hinverbrannten Umschwung kommt der 17. März in Betracht; am jenem Tage hat die „rote Fahne“ zum erstenmal einen Fällwutsanfall bekommen, indem sie die Arbeiterrevolution losgeschlagen hat. Zwar habe die „Leipziger Volkszeitung“ in einer kurzen, aufsehenerregenden Meldung schon für den 13. März diese Entscheidung gemacht. Allein der Kapp-Putsch erlebte keinen Aufklärungsbesuch, wenn es auch in den reaktionären Regionen betrieblam zugeht. Der Arbeiterchaft war ein unmittelbarer Anlaß nicht gegeben wie im vergangenen März mit dem erfolgreichen Abschlagen des reaktionären Putschs. Dafür ritten nun die diversen kommunistischen Zweiteilnehmern in die Arena, kämpfen wie Don Quixotte gegen Windmühlenspiegel wider die Arbeiterrevolution, und wenn bei uns die ungarische Scheitelle der Medaille auch weiter zu bleiben, dann ist es das Verdienst dieser Revolutionskämpfer wahrlich nicht.

Der „Offene Briefe“ hat eigentlich einen Vorläufer in den fünf Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter, welche schon vom November 1920 datieren, wenn nicht noch früher. Mit Ausnahme des Punktes 5: „Entwaffnung der Orgel und Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften“, sind sie noch harmloser als die umfangreicheren Forderungen des „Offenen Briefes“. Die Stuttgarter Metallarbeiter waren natürlich nur vorgeschoben, die KAPD, bzw. ihre Reichsgewerkschaftszentrale (Richard Müller, Reich usw.) aber der treibende Teil. Von letzterer wurden die fünf Punkte schon Mitte Dezember 1920 den Ortsleitungen der kommunistischen Partei empfohlen, sie sollten sie „in den Brennpunkt ihrer Agitationsfähigkeit stellen“. Das Geschick mit dem Stuttgarter Artikel ging aber sehr schlecht, vielleicht auch durch den von den Metallarbeitern dort nicht zuletzt einige Zeit vorher herbeigeführten Generalkrieg in Württemberg gegen den Steuerabzug, der endlich sich zusammenbrach und nicht wenige kommunistische Gewerkschaftsmitglieder aus den Organisationen austreten ließ bzw. zurückführte in die Gefilde der Gelben, wo sie hergekommen waren. Der „Offene Briefe“ ist nach diesem Veruchsballon hierauf von der KAPD, ausgegeben worden.

Der von uns in Nr. 30 schon etwas beleuchtete „Offene Briefe“ war an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, die Allgemeine Arbeiterunion, die Freie Arbeiterunion (welch letztere von der kommunistischen Zentrale allein als Syndikalistin betrachtet wird, während man die Unionisten überhaupt dafür ansehen kann), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die kommunistische Arbeiter-

partei Deutschlands gerichtet. Die kommunistische Zentrale verlangte volle Bereitschaft zu den vorgeschlagenen Aktionsgrundlagen, betonte die Gegenläge zu den andern Parteien, verlangte Aufnahme des rüchlichstlosten Kampfes für die aufgestellten Forderungen und Erklärung darüber bis 13. Januar. „Sollten die Parteien und die Gewerkschaften, an die wir uns wenden, nicht gewillt sein, den Kampf aufzunehmen, so würde die KAPD, sich verpflichtet fühlen, diesen Kampf allein zu führen, und sie ist überzeugt, daß ihr die Arbeitermassen folgen werden“, heißt es daran anschließend. In einem den „Offenen Briefe“ begleitenden Leitartikel verstand die „rote Fahne“ die Fällwutsanfall noch weiter zu treiben, es handle sich ja um die Errettung eines ganzen Volkes aus seiner Todesnot, deren Ursachen sehr einseitig gegeben wurden. Zum Schluß blieb es ehrpfeilig: „Wir zeigen jetzt, daß wir nicht die Zerpfalter des Proletariats sind.“ Zu einem guten Teil ist das Manöver mit dem „Offenen Briefe“ wohl Wahlmanöver gewesen. Andererseits war es eine raffiniert angelegte Heuchelei, die Massen mit einer in mancherlei Richtung zutragenden Aktion einzuladen, die mit der gegenwärtigen kommunistischen Weltoffensive wenig gemein hatte. Aber das Schildwort zu einer Aktion war mit dem „Offenen Briefe“ ausgegeben. Die bolschewistischen Mäntel zwangen jedoch zu einer Kursänderung.

Der Wurf mit dem „Offenen Briefe“ mißlang aber. Was nicht kommunistisch und syndikalistisch abgestempelt ist, bedachte sich für die höchst unzuverlässige Bundesgenossenschaft gar wohl gar Abstrich von Teilen und Gruppen, die bislang genügend bewiesen hatten, daß sie die allerbesten Praktiker für die proletarische Einheitsfront sind. Das Abhängigkeitsverhältnis von Moskau bekundete sich in bewußter Spaltungsarbeit bei den politischen Parteien und in wüsten Beschimpfungen der gewerkschaftlichen Internationale wie der nationalen Gewerkschaftsleitungen. Selbst die alle kommunistische Partei und die abgeplante kommunistische Arbeiterpartei stehen sich wie unversöhnliche Gegner in Fehde und Saß gegenüber. Syndikalisten und Kommunisten sind sich ebenfalls sehr „dicke Freunde“. Es wäre also eine herrliche Waffenbrüderchaft geworden die Einheitsfront von der Freien Arbeiterunion bis zu der alten Sozialdemokratischen Partei mit der KAPD, als Weltkind in der Mitte. Der gesunde Instinkt der maßgebenden Gruppen hat diese unglückliche Paarung verhindert.

Am 16. Januar wurde dann in einem ganzseitigen, von selten Zeiten wimmelnden Aufruf „An das gesamte deutsche Proletariat“ von der Zentrale der KAPD, durch einen unbändigen Entrüstungsrummel der Schaumschlägerei mit dem kurzen, in harter Aufmachung gehaltenen „Offenen Briefe“ ein schnelles Ende bereitet. Auf die „gemeinsame Abwehraktion gegen Not und Elend“ hatten nämlich die angesprochenen gewerkschaftlichen und politischen Zentren, „teils mit Schwähungen, teils mit kübler Ablehnung geantwortet“. Sogar die KAPD, die „Partei der revolutionären Phrasen“, erteilte den kommunistischen Vordritten der Mitte eine Abfrage, erhielt dafür aber mißderbende Umstände zugebilligt, denn „wie weiß selbst nicht, was sie tut, und sie glaubt der Revolution zu dienen, wenn sie auf die Revolution wartet“. Also, die eine Sorte der Kommunisten erwartet die Revolution, die andre macht die Revolution — sind das grobe, zielbare Geister! Die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften aber erhielten in ihren Führern nun Schwähungen in noch gerüsteterem Maß als vor der Auntpause mit dem „Offenen Briefe“ vom 8. bis 15. Januar. Sie machen „den praktischen Kampf der Arbeiterklasse unmöglich“; sie wollen „keine einheitliche Front des Proletariats, keinen Zusammenbruch der Arbeiter ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit zu gemeinsamem Kampfe“; sie haben sich damit „offen und klar als die Zerpfalter und als Spalter des Proletariats“ bekannt. Selbstredend halte die kommunistische Zentrale damit gerechnet, daß sie von allen Türen abgewiesen werden würde. Sie mußte diesen Zweck erreichen, um für ihren ungeheuren Schwund eine Plattform zu haben und die beleidigende Geringschätzung des

Urteilsvermögens der Masse durch diesen Entrüstungsrummel maskieren zu können. Es wurde dann zu Betriebsverfammlungen aufgeföhrt. Die Betriebsräte sollten auf die so harmlosen, selbstverständlichen und bitter notwendigen Forderungen der mittleren Kommunisten, die nur allein die Sache des Proletariats zu führen verstehen, verpflichtet werden. In den Gewerkschaften müßten Verfammlungen einberufen und die Gewerkschaftsführer an die Luft geholt werden, wenn sie „die gemeinsame Aktion der Arbeiter“ sabotieren wollen; ebenso sollte es in den Parteien gehalten werden. Die kommunistische Zentrale erklärte noch, daß sie nun „die Fahne der proletarischen Solidität“ aufpflanze und den „Weg der Rettung“ beschreiten werde. Was jetzt von Mitteldeutschland als eine Kette von Fällwutsanfällen ausgegangen ist, führt ursprünglich auf die schwindelhafte Aktion mit dem „Offenen Briefe“ zurück!

Es wurde dann von der kommunistischen Mittelpartei viel Anhang getrieben mit der Zustimmung zum „Offenen Briefe“. Wohl haben sich kleine gewerkschaftliche Gruppen und auch einige größere durch die geschickte Made in den Verfammlungen betören lassen und nahmen den „Offenen Briefe“ an; meistens geschah das aber nur betriebsweise. Im allgemeinen war das Resultat einfach lässlich. Wäre das Bild von der jetzigen kommunistischen Offensive nur ein wenig dabei enthalten worden, es hätten sich noch weit weniger Zustimmungen ergeben.

Wegen die sozialdemokratischen Parteien ging es nun noch etwas wilder zu. Wegen die Gewerkschaften aber wurde mit Hochdruck gearbeitet. Der Gewerkschaftsbund mußte schwer herhalten. Die Errichtung von kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften wurde noch lebhafter betrieben. In Berlin war es schon gegen Ende vorigen Jahres bei der kommunistischen Zentrale zur Errichtung einer Reichsgewerkschaftszentrale mit Unterabteilungen nach Industriegruppen, welche nun auch den Zweck ihres Daseins anschaulicher erweisen wollten, gekommen. Für das graphische Gewerbe besteht eine Reichszentrale für die Propaganda des graphischen Industrieverbandes, die in einem am 11. Januar 1921 verfassten Rundschreiben mit sieben Richtlinien ausdrücklich verflucht, daß ihre Tätigkeit „im Sinne der gewerkschaftlichen Richtlinien der KAPD“ erfolgt. Sie will „mit den christlichen UEP, Oppositionellen“ zusammenarbeiten, gibt aber in jenem Rundschreiben zugleich Anweisung, wie die KAPD-Gewerkschaften gegebenenfalls die von der andern Fraktion zu hintergehen haben. Das hat die „Leipziger Volkszeitung“ in Harnisch gebracht und zu einer Warnung an ihre Gewerkschaften vor die „christlichen“ Freunden veranlaßt. Darüber ist schon in Nr. 32 des „Korr.“ geschrieben worden. Ans Buchdrucker interessiert im besondern, daß in jenem Rundschreiben auch eine Anweisung erging, überall Anträge auf Kündigung der Feuererzulassungen zu stellen. Es wird also darauf zu achten sein, von welcher Seite künftig in unsern Verfammlungen derartige Anträge gestellt werden, und dann muß es erst recht nach der Parole gehen, die von unrer Verbandsleitung, Gewerkschaftskonferenz und Gehilfenvertretung jeweilig ausgehen ist. Für die kommunistischen Fraktionen sind zur höheren Ehre der „Förderung der Einheitsfront“ noch zehn Punkte (jedenfalls von der Reichsgewerkschaftszentrale) aufgestellt worden. Darunter befindet sich auch die Bestimmung:

Die Kommunisten haben die Differenzen, die sich aus den Forderungen der Arbeiterklasse und den ihnen entgegenstehenden bürgerlichen Geheißbestimmungen bestehen, mit Bewußtheit auf die Spitze zu treiben.

Was die gewerkschaftliche Tätigkeit im jetzigen Augenblick erfordert, ist also belanglos, nur das Parteiinteresse der Kommunisten hat zu gelten. Weiter wird gesagt, wenn von den Gewerkschaften Anträge der Kommunisten abgelehnt werden, dann müsse dieses Verlangen und eine solche Sabotage der KAPD, gegen die gewerkschaftlichen Körperchaften agitatorisch ausgeüht werden. Die Verbrüderungsschameln im „Offenen Briefe“ sind also wieder Schwundel gewesen.

Es ist auch schon zur Abhaltung von Reichskonferenzen der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder bzw. „stun-

honäre gekommen. Die Bauarbeiter, die Metallarbeiter haben solche Provokationen erlebt, in andern Gewerkschaften wird es noch dazu kommen. Eine ganze Reihe von Verbandsvorständen hat — meistens gemeinsam mit den Verbandsbeiräten — in Ansehung dieser wunderbaren Förderung der Einheitsfront scharfe Verwarnungen erteilt. Es mußte auch zur Ablehnung von kommunikativen Funktionären geschritten werden. Ein wahrer Herzenssabbat wurde darauf gegen die betreffenden Verbandsleitungen entlassen. Die Vorstände der Eisenbahner, Metallarbeiter- und Bauarbeiterorganisationen sind am schlimmsten zugebittelt worden. Der unabhängige Vorsteher des Metallarbeiterverbandes, Büßmann, der ebenfalls in das kommunistische Wesensnetz greift, kann sich rühmen, der bestgehaltete Mann zu sein. Der Zentralverband der Angestellten mußte in Hamburg neun notorische Zerpflückerbetreiber ausschließen. Die Leitung des Bauarbeiterverbandes hat als erste Ausschließungen wegen der Teilnahme an der kommunistischen Reichskonferenz vorgenommen. Nun soll sie die Spaltung der Bauarbeiterorganisation betreiben, da doch die unerschuldeten Kommunisten mit ihrem Drumher und Drüber nur Gutes bewerkstelligen. Von dem „Schriftführerwerke der Dismänner“ ist auch fortgesetzt die Rede. Die Dinge werden demagogisch vollständig auf den Kopf gestellt, Ursache und Wirkung mit Willkür verwechselt, und in der Hauptsache nach der alten Agrarierweisheit Spekulation getrieben, daß die dümmsten (oder in Einseitigkeit verböhrten) Arbeiter die besten sind.

In den einzelnen Gewerkschaften ging es je nach dem Grad ihrer kommunistischen Durchsetzung recht bewegt her. Von aufbauender organisatorischer Arbeit, geschweige denn von Förderung der gewerkschaftlichen Schulung der so vielen neuen Mitglieder konnte nicht mehr die Rede sein. Das Ergebnis von Verhandlungen mit dem wirtschaftlichen Gegner wurde in Versammlungen und in der Presse von kommunistischer Seite immer als unannehmbar bezeichnet und die Unterhändler entsprechend „gewürdigt“. Kam es in einer Organisation zu einem regulären wirtschaftlichen Kampfe, dann ging es über seinen Ausgang hinaus; wurde er von der Organisationsleitung bei ungünstiger Lagerung der Verhältnisse nicht bis zum Weißenbluten geführt, dann blieb es, die „unfähigen“, „arbeitsgemeinschaftereundlichen Gewerkschaftsbureaucraten“ hätten ihn kaltblütig „abgewürgt“, obwohl die Mitlen günstig standen. Wenn aber der Putschismus einen wilden Streik verloren hatte, was die meistens das Resultat von solchen Aktionen war, dann blieb weit und breit jemand zu suchen, der sich dazu bekannte, die Sache vermasselt zu haben. Das Drängen nach Funktionen und Ämtern fand in einem so offensichtlich Mißverhältnis zu der Bereitschaft von andern Berufsgruppen hierzu, daß hieran die Befolgung der von Moskau für die Propaganda in den Gewerkschaften geltenden Anweisungen deutlich erkennbar wurde. Die russischen bolschewistischen Diktatoren und Terroristen, die den Kommunismus zu einem Zerbröckeln selber gemacht haben, sind ihren auf den Stadavergehoram eingestellten weuropäischen Nachbarn mit einem fertigen Programm zur Unterbreitung und Zerlegung der freien Gewerkschaften zur Hand. An die rechtsstehenden Gewerkschaftsrichtungen wagen sie sich nicht heran, diese überlassen sie getrost dem Kapitalismus als Stützpunkte. Ja, sie führen durch ihre ständige kommunistische Offensive, die sich als der fortgesetzte Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften darstellt, den Kirch- und Dunderstein, den Christlichen und den Welchen neue Scharen hinzu, weil viele, die nach dem November 1918 vernünftiger werden wollten, nun durch das kommunistische Treiben wieder hinausgeholt werden aus unsern Gewerkschaften. In verschiedenen Organisationen haben die Vorstände aus allen diesen Gründen Aufklärungsbrochüren über die kommunistische Offensive gegen die Gewerkschaften herausgegeben. Das hat schon gute Wirkungen erteilt. Es beginnt zu lauten. Mancher Wahlmiserfolg für die Kommunisten hat sich bereits ergeben. Die gegenwärtige politische Situation und deshalb schon verunglückte Offensive der beiden kommunistischen Parteien und der verbündeten Syndikalistischen — Bundesgenossen also, die in „Friedenszeit“ sich wie wütende Hunde anlassen — wird und muß diesen Läuterungsprozeß mächtig beschleunigen!

Bei uns Buchdruckern ist immer noch die Kirche im Dorfe geblieben. Der „Offene Brief“ hat nur Zufallsmehrheiten in Leipzig und Hildesheim gefunden. Für den so arg verfallenen Kommunismus haben unsere Kollegen zum Glück nichts übrig. Von Berlin aus wurde der „Korr.“ allerdings mit mehr oder weniger feinen Schleichungen für die kommunistische Propaganda in Anspruch genommen. Das hat nun lauten Protest aus andern Städten hervorgerufen und ist von der Redaktion abgelehnt worden. Der in dieser Nummer allgemeiner zum Worte kommende Kollege aus Düsseldorf ist nicht zu beneiden um den Effekt seines Artikels, der freilich schon vor der neuen kommunistischen Offensive eingelangt war. Aber nicht durch die letzten jammervollen Ereignisse allein wird er in seinem Sternpunkte, die kommunistische Partei sei eigentlich nichts anderes als die Fortsetzung der alten Sozial-

demokratie, vollständig über den Haufen geworfen, die sich darin bekundende Auffassung ist an sich absurd. Entweder kennt der Verfasser als Kommunist keine eigene Partei nicht oder er hat von dem, was die Sozialdemokratische Partei in früherer Zeit gewesen ist, keine blasse Ahnung. Ob aus einem Wahlflugblatt sich verwandte Fiktionen herüberleiten lassen, ist doch nicht entscheidend, sondern das, was das Wesen und die Tätigkeit einer Partei ausmachen. Da bestehen aber himmelweite Unterschiede, was sich speziell aus unserm Schlußartikel noch ergeben wird, weshalb wir den Düsseldorf Kollegen, der auch glaubt, seine kommunistische Willensharte auf dem Weg über den „Korr.“ abgeben zu müssen, seinem in solcher Aktualität nicht zu überbietenden „Erfolg“ überlassen wollen. Daß es ausnahmsweise auch bei uns zu Wuchsprüngen kommt, soll nicht bestritten werden; so verlangte in einer Großstadt die „kommunistische Fraktion“, daß ihr fünf Tage vor jeder Ortsvereinsversammlung Kenntnis von der Tagesordnung gegeben werde, damit man seine Stellungnahme danach einrichten könne. Vieles Statutwidrige und höchst einseitige Verlangen fand aber ein Begränzt, nach dessen Wiederholung auch die verranteten kommunistischen Kollegen dort kein Begehrt tragen werden. Immerhin, wenn man nicht weiß, was trotzdem noch werden mag, wie auch zur völligen Abkühlung von kommunistischen Anwendungen drücken wir in diesem passenden Zusammenhange einige Hauptbegriffe aus dem Moschauer Katechismus ab, worum es bei der dauernden kommunistischen Offensive gegen die Gewerkschaften hauptsächlich geht. Nämlich:

Jede Partei, die der kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konjunktionsgesellschaften und anderer Massensorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückweichen, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Verlust, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen; mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgehenden Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch beharrliche Anteilnahme am wirtschaftlichen Kampfe die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen lernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Falle der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen aufmerksam prüfen, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermasse führen wird. . . .

Die Kommunisten müssen bestrebt sein, nach Möglichkeit eine volle Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei herzustellen, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei, als Vorhut der Arbeiterrevolution, unterzuordnen. Zu diesem Zwecke müssen die Kommunisten überall in den Gewerkschaften und Betriebsräten kommunistische Fraktionen bilden, mit deren Hilfe sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen und sie leiten.

Die „Grundzüge“ mögen für sich wirken, ebenso die besondere Empfehlung von Lenin, um den „Herren Führern des Opportunismus“ alle Möglichkeit zu nehmen, durch Polizei und Gerichte, Regierung und Geisliche die Kommunisten von den Gewerkschaften fernzuhalten oder sie aus denselben zu verdrängen (was mag der Bolschewistenpöbel nur für Vorstellungen haben von den deutschen Verhältnissen!);

Man muß allemal zu widerstehen vermögen, zu jeglichen Opfern bereit sein, sogar — falls es nötig ist — verschiedene Winkelspiege, Alibi, illegale Methoden, Verschweigen, Verbergen der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, dort zu bleiben, innerhalb derselben um jeden Preis kommunistische Tätigkeit zu entfalten.

Mit dieser herrlichen Methode haben die Kommunisten sich von vornherein einen moralischen Anar geholt. Daß ein Gewerkschaftler lediglich wegen seiner kommunistischen Gesinnung aus seiner Organisation verdrängt werden könnte, ist aber so unsinnig, daß hierbei wohl nur der Wunsch der Vater des Gedankens sein kann.

Obwohl wir in Deutschland ja nur erst eine bürgerliche Republik haben, ein solcher Wirrwarr, wie längst

der Streik in Russland über die Gewerkschaften, der vier Haupt- und einige Nebenrichtungen erkennen ließ, ist nicht denkbar. Die Leute aber, die nach solchen diktatorischen Erträgen die Arbeiterchaft der ganzen Welt auch gewerkschaftlich tanzen lassen möchten, sind sich im eignen Lande nicht einmal klar über Wesen und Aufgaben der Gewerkschaften! Dieser monatelang gegangene Streik ist noch nicht ausgetragen, sondern nur verlagert infolge der neuerlichen Vorgänge in Russland. Er wird nicht zuletzt weitergeführt werden unter dem Aufle Mistatur oder Demokratie? Terrorismus und administrative Gerichtsverfahren nach zaristischem Vorbilde sind auf die Dauer auch in Russland nicht zu halten gegenüber den Gewerkschaften. Die Unterdrückung der Moschauer Buchdruckergewerkschaften und die Drangsalierung ihrer Führer (siehe „Korr.“ Nr. 29 von 1921 und Nr. 119 von 1920), wie über russische Methoden gegenüber den deutschen Gewerkschaften in Nr. 142 von 1920 und die Aushebung der Preßfreiheit (Nr. 18 von 1918) sind Vorgänge, die jederzeit eine abschreckende Illustration der Machtverhältnisse in Russland liefern, woran Bismarck-Putschkamer mit ihrem sozialklingelgeschlichen Verfolgungswahn gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht heranreichen. Welch Geschrei aber erhoben die erlappten Liebe, als sie vor kurzem in Halle a. d. S. die Gewerkschaften so weit erobert hatten, daß, zumal dort auch eine wirtschaftliche Reformorganisation für Unweilen freibt, die Gefahr selbst der finanziellen Notmäßigkeit unter die kommunistische Herrschaft nicht von der Hand zu weisen war und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund deshalb vorübergehend zur zwangsweligen Vermählung des Gewerkschaftskartells schritt? Entrüstung zu bezeichnen verbleiben die kommunistischen Drahtzieher immer unnaheabmlich; stets sind sie die verfolgte Unschuld.

Die Betriebsräte, die Arbeitslosen und die Jugendlichen sind die von den Kommunisten mit Hochdruck bearbeiteten Rekrutierungsgebiete. Was sie an den armen, der Verbebung so leicht zugänglichen Erwerbslosen schon gefündigt haben, hält einen ungelährten Vergleich aus mit dem großen Verbrechen jetzt, das nur zur Stärkung der Reaktion auslagern wird. Die angeblich auf Leben und Tod der Konterrevolution verurteilten Kommunisten sind nun erst recht die kräftigsten Schützen der Gegenrevolution geworden! Die Gewerkschaften waren alles in Bewegung setzen, um bei den Arbeitslosen, den Betriebsräten und den Jugendlichen die Kommunisten aus dem Felde zu schlagen. Durch objektive Aufklärung natürlich, nicht durch terroristische Mittel, wie sie jetzt wieder bei den Revolutionsverderbern üblich sind. Dagegen sollte sich jeder einzelne mehr zur Wehr setzen, wie jeder richtige Gewerkschaftler auch vorübergehende Betäubung mit den kommunistischen Praktiken (wie bei Sammelstellen) unbedingt vermeiden sollte.

Die kommunistische Offensive gegen die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften muß aus dem Scheitern der mit dem „Offenen Brief“ so ungeschuldig begonnenen großen allgemeinen Aktion, worüber in einem Schlußartikel noch andre Folgerungen gezogen werden sollen, sich den letzten Stoß holen. Was kann der Fall sein, je unerbilllicher man als Gewerkschaftler wie als politischer Zellgenosse die unheimliche Gesellschaft der beidesselei Kommunisten, Unionisten und Syndikalistischen sich vom Leibe hält.

## Gewerkschaften und Parteien

Im Nr. 30 des „Korr.“ unternimmt ein Berliner Kollege einen Feldzug gegen die Kommunisten. Er spricht dabei mit Recht davon, daß Marx, falls er heute aufstehen würde, seinen Fingern raten würde, die Wirtschaft zu studieren und nicht ihn. Ich gebe ihm hierbei unbedingte recht. Nur meine ich, wenn der Artikelverfasser selbst dieses Wort wahr macht, würde er bald bei den „bölen Kommunisten“ landen.

Es ist ja das Glied der Zerklüftung dadurch entstanden, daß die Arbeiterführer glauben, die heutige Wirtschaft und ihre Umwandlung zur sozialistischen Gemeinwirtschaft sei unmöglich, weil es sich eben mit der einmal aufgestellten Theorie (Proletariats-theorie) nicht vertrage. Also nicht wir Kommunisten sind es, sondern die praktischen Gewerkschaftler, welche die Wirtschaft in das Reich einer Theorie stecken wollen! Denn, während wir nach der von dem Berliner Kollegen vertretenen Auffassung (die durchaus marxistisch ist) sagen, weil unsere Wirtschaft so dankeberlegt, und weil wir eben, um unser Leben kräftig zu können, keine Parallelen am Volkshörper brauchen, müssen wir jetzt um den Sozialismus kämpfen; und während wir die Behauptung aufstellen, daß wir eine Gesundung unserer Wirtschaft nur durch den in die Tat umgesetzten Kommunismus erreichen können, darum entlastet der Streik. Man möge nur die Ausführungen lesen, welche auf der Generalversammlung in Nürnberg die Kollegen Fülle, Grabmann und viele andre machten und welche größtenteils in der Auffassung einer auf den augenblicklichen Stand der Wirtschaft nicht anwendbaren Theorie gipelten, daß diese Wirtschaft erst kapitalistisch in die Höhe gebracht werden muß, um sozialisiert werden zu können. Nun, der Staatsmann, nach dem Kollege Fülle in Nürnberg verlangte, der Staatsarzt Simons kuriert ja schon seit an unserer Wirtschaft, aber satter sind wir auch davon noch nicht geworden, und unsere Frauen und Kinder

laufen heute noch mit verhäulsten Lumpen einher, trotzdem Menschen genügend arbeitslos vorhanden sind, welche uns laubere neue Kleider anfertigen können. Darum möchte der Antifaschist in Nr. 30 sich lieber an seine engeren Freunde wenden. Alle diejenigen, die auf uns Kommunisten schimpfen, mögen aus der Praxis des wirtschaftlichen Lebens lernen, was zu tun ist, dann werden wir ein gut Teil weiterkommen, zur Einheit als auch zum Kommunismus.

Der Berliner Kollege spricht dann auch davon, daß das Aufgehen parteipolitischer Neutrafalldie Spaltung nach sich ziehen muß. Er stellt dies so dar, als ob diese Forderung eine neue kommunistische ist. Auch hier möchte ich ihn bitten, im Protokoll der Nürnberger Generalversammlung nachzulesen, daß diese Forderung von der Opposition, in der durchaus nicht nur Kommunisten sahen, zweimal (sogar noch bei der Beratung im Plenum) gestellt wurde. Im übrigen müßten ja dann vor dem Krieg alle Volksgesetzungen, Generalangelegte auch protestiert haben, weil die Gewerkschaften mit der SPD. gemeinsam arbeiteten. Sie haben dies nicht getan, weil eben zwischen Gewerkschaften und politischer Partei ein großer Unterschied ist. Gewerkschaften sind Klassenkampforganisationen, während politische Parteien immer nur einen Vorkämpfer der Gesamtbewegung darstellen. Aus diesen Gründen ist es auch falsch, zu folgern, weil das Zerbrechen der Parteien eine bewußte kommunistische Tat war, muß auch die Zerlegung der Gewerkschaften durch die Kommunisten erfolgen. Die Trennung der politischen Parteien erfolgt darum, weil die sozialdemokratische Partei den Boden verlassen hat, auf welchem sie groß und stark geworden ist. Um treulicher wird dies illustriert durch ein Flugblatt, welches die alte SPD. im März 1914 veröffentlichte. Darin heißt es ganz treffend:

„In Wirklichkeit, wie wir jetzt eine durchleben, zeigt sich ganz besonders deutlich die Unzulänglichkeit von bloßen Reformbestrebungen und zeigt sich klar, selbst dem schwächsten Auge, daß, wie das Programm der Sozialdemokratie sagt, das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung. . . .“

Mehr und mehr erkennt die Arbeiterklasse, daß nur in einer grundrüttelnden Änderung der Gesellschaftsform ihr Heil liegt.

Dann führt das Flugblatt treffend aus, daß die Gewerkschaften sich mit der Partei gegenständig ergänzen müssen. Und wenn ich heute behaupte, daß die kommunistische Partei dieses alle, von der SPD. verlassene Flugblatt nur abschreiben und als kommunistisches Flugblatt verwenden kann, so beweist dies eben nur, daß die SPD. damals die Stellung eingenommen hat, welche heute durch die KPD. vertreten wird. Leider verbielt mir Raumangel, auf dieses Flugblatt und ähnliche Ausschüsse, ehemals kommunistisch-sozialdemokratischer Führer einzugehen. Also es heißt hier, daß das, was die alte SPD. im März 1914 veröffentlichte, das gleiche ist, was heute die bösen Kommunisten tun.

Im übrigen möchte ich den Berliner Kollegen fragen, wann und wo die Kommunisten eine Gewerkschaft zerlegt haben; er möge dies einmal beweisen, ohne Mitglieder der KPD. auszuspielen. Wir Kommunisten werden jedenfalls unsere Arbeit weiterleiten, unbeeinträchtigt um alles Schicksal, und wir sind überzeugt, daß diese Arbeit im Interesse aller Kollegen geleistet wird. Nicht zuletzt im Interesse derjenigen, welche heute noch auf uns schimpfen. Düsseldorf. A. K.

## Mehrheitskollegen, stellt euren Mann!

Ein altes Lied, aber immer wieder neu, ist es, über den schlechten Besuch der Versammlungen zu klagen. Gerade in heutiger Zeit ist es doppelt notwendig, sich für die Gewerkschaften voll und ganz einzusetzen, und das dazu vor allem der Besuch der Versammlungen gehört, versteht sich am Parade.

Gern gebe ich zu, daß es durchaus nichts Unangenehmes ist, sich die Reden der Schemelstürmer, Utopisten und was es sonst noch für eine Masse „Weltverbesserer“ im Verbandsabte, anhören zu müssen. Gewerkschaftsarbeit im wahren Sinne des Wortes ist es auf keinen Fall, was diese Kollegen treiben. Aber es tritt in die Erscheinung, daß gerade die Anhänger dieser Kollegen verhältnismäßig bessere Versammlungsbesucher sind als die Gegner derselben, so daß es manchmal so ausseht, als ob sich die Mehrheit auf der Seite der Aberradikalen befände. Dem ist aber durchaus nicht so. Um dies zu beweisen, gebt es sich, daß die Andersdenkenden, die Mehrheitskollegen, die Versammlungen besser besuchen und nicht, wie es leider vielfach üblich, hinter dem Kasten ihre Kritik vom Stapel lassen. Um sie von ihren Ideen überzeugen zu können, wünschen es ja die „Gewerkschaftsverbesserer“ selbst, daß ihre „Gegner“ die Versammlungen auch besuchen.

Schreiber dieser Zeilen wünscht es ebenfalls. Nur in einem andern Sinne. Nämlich in dem, daß sich die Kollegen der Mehrheit selbst überzeugen sollten, mit was für Phrasen und nichtsagenden Redensarten die Versammlungsbesucher für die Sache dieser Leute gewonnen werden sollen. Sie sollen sehen, daß durch solche „Grundzüge“ der Verband nie und nimmer gelunden kann, sondern in einen Eumpf gerät, aus dem es ein Herausgehen nicht mehr gibt. Um nicht falsch verstanden zu werden, muß ich bemerken, daß ich nicht gegen eine gesunde Opposition bin, die von Fall zu Fall eintritt, aber praktische Arbeit leisten muß und nicht ihre Aufgabe darin sehen darf, uns den Himmel auf Erden

vorzumalen, den man bekanntlich gern den Engeln und den Engeln überläßt.

Unter den Besuchern unserer Versammlungen sind viele, die wohl das Zeug und die Redegabe dazu hätten, diesen „Befreiern des Proletariats“ manchmal ordentlich beizustechen und ihnen zu zeigen, daß im andern Ohr auch noch Leute wohnen, aber leider macht sich hier eine Mädeligkeit bemerkbar, die unsern Gewerkschaftsleben nur zum Schaden gereicht. Sieht man sich dagegen die Kollegen der „charakter“ Richtung an, so findet man oftmals oder meistens, daß noch sehr junge Kollegen, die von des Gedankensblasse wenig angekränkt sind, mutig in die Arena steigen und die größten Torheiten verzapfen. Säufling kommt es vor, daß dieses Jargon ohne Widerspruch der Versammlung geschieht (manchmal aus Schonung für den jugendlichen, unerfahrenen Redner, was natürlich falsch ist), so daß der junge Volkstribun wirklich glaubt, eine große Tat vollbracht zu haben.

Darum, Mehrheitskollegen, bringt eure gegenständige Meinung unentwegt zum Ausdruck! Ihr könnt es, denn es wird wohl im Ernste niemand behaupten, daß die „junge geistige Intelligenz“ sich auf der Seite der linksradikalen Kollegen befindet. Durch Mädeligkeit des Ansehens ihrer durchaus nicht praktischen, für die Gewerkschaften äußerst schadenbringenden Vorschläge wird dem Verbands nichts genützt. Es gibt noch genug ältere Kollegen, die wohl die Fähigkeit besitzen, ein richtiges Wort zur rechten Zeit zu sprechen, um damit zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, den Verband als Versuchsanstalt für utopistische Ideen mitzubringen zu lassen.

Den Kollegen, die aber wenig oder gar nicht die Versammlungen besuchen, sei gesagt: Durch eure Fernbleiben und durch eure Laubel und Trägheit schädigt ihr eure Organisation in unverantwortlicher Weise. Eure Schuld ist es, wenn das Schiff dort hin steuern wird, wo es nachher durch keinen Rufen mehr gerettet werden kann. Wenn ihr durch euer unmännliches Verhalten dann an eignen Leibe zu spüren bekommt, daß das jahrelange Erkämpfte und Ertrungene verloren geht, dann bedankt euch bei euch selbst. Noch ist es Zeit, für die Erhaltung eurer Gewerkschaft zu kämpfen und für sie einzutreten. Deshalb: Besucht alle die Versammlungen und haltet aus bis zum Schluß! Denn die Opposition verliert, wenn die Versammlungen sich lichten, häufig noch Überwinderungen. Dresden. -hn.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Ungerichte Entlassung ausrunderer Lehrlinge. Gegen ungerichte Entlassung ausrunderer Lehrlinge erhebt der Gauvorstand von Württemberg in seinen „Mitteilungen“ vom 29. März in folgender Passagen einschneidende Proteste: „Der Schlichtungsausschuss Stuttgart hat in dieser Frage neuerdings einen Schritt getan, auf Grund dessen in Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Lehrern nach Beendigung der Lehrzeit ohne weiteres zu entslassen. Mit dem Beschluß stellt sich der Schlichtungsausschuss nicht nur in Gegensatz zu der in Nr. 1 unserer „Mitteilungen“ benannten Auffassung des Reichsarbeitsamtes, sondern die Entscheidung wird sich auch rechtlich als nicht haltbar erweisen, weil sowohl in der Verordnung vom 12. Februar 1920 wie in Betriebsverträge ausdrücklich bestimmt ist, daß Lehrlinge als Arbeiter im Sinne der Gesetze gelten. Seine Stellungnahme begründet der Schlichtungsausschuss nun wie folgt: „Im vorliegenden Falle hand. es sich um das Aufheben zweier an geernter Lehrlinge aus dem Betriebe, deren Lehrverträge am 31. Dezember 1920 beendet waren. Unter Entlassung und Abkündigung der Entlassung ist nun zu verstehen die einseitige Auflösung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber. Ein durch automatische Ablauf eines bestimmten Lehrvertrages bedingtes Aufheben von Lehrverträgen ist nicht als Entlassung anzusehen, da das Aufheben d. r. betreffenden Lehrverträge nicht auf Grund einer einseitigen Auflösung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber, vielmehr auf Grund eines im Einverständnis beider Parteien geschlossenen Vertrags erfolgt.“ Den Bescheid des Reichsarbeitsamtes vom 10. September 1920 und vom 14. Oktober 1920, wonach die §§ 12 und 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 bzw. § 84 Ziffer 4 ArbZG. auch auf die Entlassung von Lehrlingen Anwendung finden, kann der Schlichtungsausschuss Stuttgart aus obigen Gründen nicht beistimmen.“ Die Gründe, weshalb der Schlichtungsausschuss hier die Vorschriften der §§ 12 und 13 und § 84 Ziffer 4 ArbZG. nicht angewandt wissen will, sind nicht stichhaltig. Jedenfalls findet sich weder in der Verordnung vom 12. Februar 1920, noch in den Bescheiden des Reichsarbeitsamtes, was nachdrücklich einzuwenden die willkürliche Ausdehnung solcher Schulbestimmungen für eine große Anzahl von Arbeitnehmern durch diese Praxis des Schlichtungsausschusses. Bei etwaigen Entlassungen ausrunderer Lehrlinge müssen die Betriebsverträge nach wie vor die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften verlangen und die Entscheidung der Schlichtungsausschüsse herbeiführen.

Echon mehrmals haben wir in letzter Zeit den gleichen Standpunkt wie der Gauvorstand von Württemberg vertreten. Wir erblicken außerdem in der gegenwärtigen rechtschloßen Entlassung ausrunderer Lehrlinge einen groben Verstoß gegen die Grundgedanken jeder Hand- w rtschehr überhaup. Denn bisher wurde eine jahrelange Lehrzeit von den Eltern des Lehrlings doch nur in Kauf genommen, weil sie der Nützlich waren, daß dadurch die Verwertung besonderer beruflicher Schulung nach Beendigung der Lehrzeit gesichert sei, als wenn sie ihre Ehre wahr und ziellos dem Erwerbseben ausgeliefert hätten. Die Lehrherren haben besonders bei vierjähriger Lehrzeit und dem sehr niedrigen Kollege in den beiden letzten Lehrjahren solche Vorteile durch die Leistungen der Lehrlinge eingeheimelt, daß es geradezu als unfair bezeichnet werden muß, wenn sie sofort nach Beendigung der Lehrzeit die jungen Berufsarbeiter auf Mäcker werfen. Gewerbe, in denen solche Praktiken bisher schon mehr oder weniger üblich waren, haben keinen guten Ruf. Und wenn nun diese unlaulere Praxis noch weiter um sich greifen sollte, so wird es höchste Zeit, daß solchen „Meistern“ die Ausbildung von Lehrlingen überhaupt unterbunden wird, sei es auf gesetzlichem Wege oder durch den Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen. Wir sind nicht

dafür, daß Neuausgelernte unbedingt auf Lebenszeit in den Lehrbetrieben als Gefellen oder Gehilfen bleiben sollen. Für jeden jungen Arbeiter kann es nur von beruflichem wie sozialem Vorteil sein, wenn er andre Betriebe, andre Arbeitsverfahren seines Berufs und andre Menschen kennen lernt. Aber dazu muß er auch Gelegenheit haben durch das Vorhandensein offener Arbeitsstellen in andern Betrieben oder an andern Orten. Das fehlt aber gegenwärtig fast vollständig. Und daher ist die willkürliche, d. h. nicht selbstverschuldete Entlassung unter solchen Verhältnissen eine soziale Ungerechtigkeit, weil sie die jungen Arbeitkräfte zu Arbeitslosigkeit mit allen ihren persönlichen und beruflichen Gefahren verurteilt und oben- drein die Eltern der Neuausgelernten um alle ihre Hoffnungen, für die sie während der Lehrzeit große Opfer gebracht haben, bringen. Jeder ausländische Lehrherre sollte es unter den heutigen Umständen daher als seine Pflicht betrachten, die Neuausgelernten mindestens noch ein halbes oder auch ganzes Jahr als Gehilfen zu beschäftigen, und zwar wenn nötig unter der Bedingung, daß sich der Neuausgelernte innerhalb dieser Zeit um eine andre Stellung umseh. Die Verurteilung auf irgendwelche gesetzliche Lücken sollte jeder gerecht denkende Lehrmeister weit von sich weisen, wenn er nicht nur einen gewerblichen, sondern auch moralischen Anspruch auf die Berechtigung zur Lehrlingshaltung erheben will.

Kommunistische Handstreiche gegen Buchdruckerellen. Im Verlaufe des gegenwärtigen moskowschen Kommunismus in Mitteldeutschland, der vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus als ein unerhörtes Verbrechen an der gesamten deutschen Arbeiterklasse beurteilt werden muß, sind an verschiedenen Orten Handstreiche der Allensale gegen Buchdruckerellen verübt und verübt worden. In Berlin forderte am 26. März eine dreißigköpfige „Vertretung der Arbeitlosen“ die Stilllegung des gesamten Betriebs der Druckerei der „Freiheit“, weil sie mit der Faltung des Blattes nicht einverstanden seien. Dieses Verlangen wurde selbstverständlich abgelehnt, worauf die drei Mann mit der Bemerkung abjogen, daß das Weitere sich finden werde. Erstensweise hat sich aber „das Weitere“ bis jetzt noch nicht finden lassen. In Dresden wurden am 25. März abends in der Druckerei der „Unabhängigen Volkstimme“ die Motore und Schallanlagen für die Kollationsmaschinen gewaltsam zerstört und die Treibriemen der Schnellpressen zerhackt und mitgenommen. In Halle wurden am 27. März nachts in der Druckerei der „Volkstimme“ zwei Sandgranaten geworfen, die großen Schaden anrichteten, infolgedessen das Erdrücken der Zeitung zunächst unmöglich wurde; auch in die Druckerei der „Kallechen Zeitung“ wurde eine Dynamitbombe geworfen, die großen Schaden in Druckereigebäude anrichtete. Die Kollationsmaschinen wurden zunächst betriebsunfähig; ein Expedient wurde schwer und ein Hilfsarbeiter leicht verletzt. In Leipzig müssen die Druckerei der „Volkzeitung“ sowie das „Volkshaus“ von Partei- und Gewerkschaftsagenten „ganz“ besonders bewacht werden, da die Kommunisten es auf diese gewaltsame „Beziehung“ oder „Berichtigung“ abgesehen haben. In Wittenberg awang eine ausgeübte Menschenmenge die Zeitungen zur Einstellung des Betriebs und sich an dem allgemeinen Streik zu beteiligen. Die Zeitungen konnten infolgedessen nicht erscheinen. In Wöha wurden die Personale der Buchdruckereien gleichfalls gewaltsam an der Arbeit verhindert.

Reichsgesetzliche Neuordnung des Arbeits- und Tarifvertragsrechts. Der Ausschuss für die Neuordnung des Arbeitsrechts hat in der Woche vom 7. bis 12. März 1921 im Reichsarbeitsministerium tagend. An den beiden ersten Tagen haben sich zwei seiner Unterausschüsse mit den Fragen des Angestelltenrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts beschäftigt. Es lagen mehrere Entwürfe vor. Die Besprechung ergab, daß fast alle wichtigen Fragen des Angestelltenrechts zugleich solche des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts sind und einer Sonderregelung in geringerer Maße bedürfen, als dieses vorausgesetzt wird. Es soll daher zunächst unter Benützung der bereits vorhandenen Vorentwürfe der Entwurf eines Gesetzes über das allgemeine Arbeitsvertragsrecht ausgearbeitet werden, dessen Bearbeitung Dr. Selig Posthoff übernommen hat. Die Arbeit soll so gefördert werden, daß bereits im Herbst die entbällige Beschlußfassung des Arbeitsrechtsausschusses erfolgen kann. An drei Tagen hat sodann der Gesamtausschuss über den von Professor Singheimer aufgestellten Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes beraten. Damit ist einer der wichtigsten Abschnitte des neuen Arbeitsrechts nunmehr im Ausschuss im wesentlichen fertiggestellt. Allerdings müßte die Ausgestaltung der vorgelegten Tarifbestimmungen noch offengelassen werden, weil es den Absichten des Arbeitsrechtsausschusses entspricht, daß einbällige Arbeitsbeständen geschaffen werden. Der Entwurf des Tarifvertragsgesetzes wird nach seiner entbälligen Redigierung voraussichtlich der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Gesamtausschuss hat sich ferner mit den Plänen für seine weiteren Arbeiten beschäftigt. Es wurde die Einsetzung von Unterausschüssen für das Berufsvereinsrecht, das Bergarbeitsrecht und das Landarbeitersrecht beschlossen. Schließlich haben sich die Mitglieder des Arbeitsrechtsausschusses noch an einer Besprechung über den Entwurf eines Hausgehilfengesetzes beteiligt, der ebenfalls auf Grund der Vorarbeiten des Arbeitsrechtsausschusses aufgestellt worden ist.

Steuerermäßigung für Kriegsbeschädigte und Kriegerehrenter. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten weist darauf hin, daß gemäß den Vorschriften des § 12 des Einkommensteuergesetzes bei den Kriegsbeschädigten folgende Bezüge steuerfrei sind: Versorgungs-, Kriegs-, Invaliden-, Alters- und Tropenruhen-, Pensions- und Rentenerhöhungen. Die übrigen Verordnungsgebühren

find Inlowell von der Einkommensteuer befreit, als sie mit den vorgenannten Zulagen den Betrag von 2000 Mk. nicht übersteigen. Diese Vergünstigung gilt auch für Kriegserbinterlebende. Es sind also in allen Fällen 2000 Mk. nicht zu versteuern. Der Reichstag hat bei der Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz beschlossen, daß der Betrag von 2000 Mk. auf 8000 Mk. zu erhöhen ist. Es haben also von den Renten der Kriegserbinterlebenden und Kriegserbinterlebenden 8000 Mk. steuerfrei zu bleiben. Auf die Vorschriften der §§ 13, 14 und 20 des Einkommensteuergesetzes, nach denen noch weitere Einkommensteuerfrei sind, wird besonders hingewiesen. Die Ortsgruppen des Reichsbundes der Kriegserbinterlebenden geben hierüber Auskunft. Nach § 26 des Einkommensteuergesetzes können bei der Veranlagung „besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, berücksichtigt werden“, soweit das steuerbare Einkommen den Betrag von 30000 Mk. nicht übersteigt. Als besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die für die Ermäßigung einer Steuer in Betracht kommen, gelten insbesondere

außergewöhnliche Befolgung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Unterhalt mittelloser Angehöriger, Krankheit, Körperverletzung, Verhinderung, Unglücksfälle oder besondere Aufwendungen im Haushalte, die infolge der Erwerbsfähigkeit der Ehefrau gemacht werden müssen. Eine Steuerermäßigung wegen Ausgaben, die durch Krankheit, Körperverletzung, Verhinderung und Unglücksfälle entstehen, kommt in gleicher Weise für Beschädigte wie für Hinterbliebene in Frage. Die Vorschrift des § 26 ist besonders von solchen Beschädigten zu beachten, die, wenn sie gesund wären, sehr mehr Einkommen erzielen könnten, als sie gegenwärtig tatsächlich haben. Steuerermäßigung wird a. B. ein Maler genießen, der die rechte Hand verloren hat und wohl eine andere Tätigkeit, nicht aber seinen Beruf ausüben kann. Besonders rief aber bei Amputierten, die infolge Tragens der Kunstglieder viel Wäsche und Kleider brauchen, sowie bei innerlich Kranken, die erhebliche Aufwendungen für ihre Ernährung und körperliche Pflege machen müssen, eine Ermäßigung der Steuer einzutreten haben. Die Anträge auf Steuerermäßigung sind am zweckmäßigsten gleichzeitig mit der Abgabe der

Steuererklärung bei den Finanzämtern einzureichen. Die Ortsgruppen des Reichsbundes der Kriegserbinterlebenden erteilen in Steuerangelegenheiten den Kriegserbinterlebenden und Kriegserbinterlebenden jede gewünschte Auskunft.  
Geographischer Umfang und Bevölkerungszahl Sowjetrußlands. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk hatte die Sowjetrepublik ein Staatsgebiet von 34909640 qkm mit etwa 98 Millionen Einwohnern. Am Ende des Jahres 1920 war das Staatsgebiet Sowjetrußlands auf 33797840 qkm mit 137725000 Einwohnern angewachsen. Nach den vorläufigen Berechnungen der Volkszählungsergebnisse treffen auf 64 Millionen männliche 72 Millionen weibliche Einwohner. 114 Millionen Einwohner oder 84 Proz. leben auf dem Lande. 22 Millionen oder 16 Proz. in Städten. Auf 1 qkm treffen 4,07 Einwohner, gegen 5,85 vor dem Kriege. Die Bevölkerungsziffer der großen Städte verringert sich rasant; nach der Petersburger „Iswestija“ ist die Bevölkerung Moskaus seit 1. Februar 1917 um 49,6 Proz. auf 1 015 000 Einwohner, die Petersburger um 71 Proz. auf 706 800 Einwohner zurückgegangen.  
(Stery eine Zeilung.)

## Leidenberg & Knick, Ges. m. b. H.

Maschinenfabrik Berlin N 39, Chausseestraße 85  
Telegraphenadresse: Graphotype-Be lin, Fernsprecher Norden 4815

Durch Aufstellung einer Reihe von alternativen und modernsten Präzisionsmaschinen und Singnahme neuer Räume haben wir unsere Fabrik wesentlich vergrößert. Wir sind daher in der Lage, fast sämtliche Erfindungen für Schmaschinen wie: Gussformen, Einfaßstücke, Ausstoßplatten, Spaltenhebel, Fußmesser, Seitenmesser usw. usw., ganz kurzfristig zu den bekannt billigen Preisen zu liefern.

Alle gangbaren Teile, Schrauben und Federn sind stets vorrätig auf Lager!

Durch die erprobten langjährigen Schmaschinenmonteure werden

### Linotype- und Typographiemaschinen wie neu aufgearbeitet

Für Demontagen, Aufstellungen und Reparaturen stehen Schmaschinenmonteure mit jahrzehntelanger Erfahrung jedwerg zur Verfügung.

Leidenberg & Knick, Ges. m. b. H., Maschinenfabrik, Berlin N 39, Chausseestraße 88.  
Telegraphenadresse: Graphotype-Berlin, Fernsprecher Norden 4815.

## Gesangverein „Gutenberg“ Leipzig

Montag, den 4. April:  
Abend der Välle.  
Dienstag, den 5. April:  
Abend der Tenöre.  
Mittwoch, den 6. April:  
Abend des Gesangschores.  
Beginn stets pünktlich 7 1/2 Uhr. In Anbetracht des nahen Konzertes ist allseitiges Erscheinen unbedingt Pflicht!  
Der Vorstand.

## Zurichmesser und Scheren

Zurichmesser und Scheren sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt  
H. Siegel, München 9, Kolonnenstraße 1.  
Katalog 50 Pf.

Am 14. Februar verschied in Bestheim unser wertiges Mitglied  
**Friedr. Wilh. Krebs**  
aus Königsberg, im Alter von 50 Jahren.  
Wir werden ihm ein treues Gedenken bewahren.  
Bezirksverein Osabrück.

## Richter & Schaffernicht

Johannissgasse 10 Leipzig Königsstraße 5  
Fernsprecher Nr. 7833. Telegraphenadresse: Wschmaschine.

### Erfahrteilefabrik für Schmaschinen

Feinmechanik · Maschinenbau  
Reparaturanstalt für Schnellpressen und Rotationsmaschinen

Gründliche Neuauflistung von Linotype-, Typographen-, Monotype- und Manline-Schmaschinen sowie sämtliche Reparaturen, Umrüstung von Gießformen, Einfaßstücken, Ausstoßplatten, Spaltenhebel, Gießbrüche, Zugbrüche, Federn, Zellenhebel, Gießformen verstellbar. Für Schriftgießereien, Kerne, Instruktionen, Plannen, Stöpsel, Spiben, Gießbleche usw.

### Autogen-Schweißerei

Gewissenhafte Ausführung von Montagen, Aufstellen und Ausrüsten aller Schmaschinenysteme, sowie Schnellpressen und Rotationsmaschinen und sämtlichen graphischen Maschinen. Sämtliche Teile teilweise verfügbar.

An- und Verkauf von gebrauchten Maschinen.  
Spezialmonteure für Seher- und Druckmaschinen aller Systeme sofort zur Verfügung

### Linotypefeher

durchaus flott und korrekt, guter Maschinenhüter, auch Doppeldecker, wegen Wohnungsmangel led g, sofort dauernd g zu ch. [21  
„Norddeutsche Wollstuhlm“ G. m. b. H.  
Bremervhaven, Am Hafen 49.

### Monolinefeher

flüchtiger, guter Maschinenhüter und -pfleger, der auch am Hasen Gütes liefert, in angenehmer Dauerstellung g zu ch. [21  
Bad-Drucker, Bad Dornhausen.

### Seherstereotypen

zum sofortigen Einrichten g zu ch. [21  
„Hilfingr Holz“, Gräfenhal 1. B.  
Dürckheim (Hilfingr), Hilfingr.

### Schweizerdegen

der die Kohlenhydratfütterung und das Korrekturenlesen übernimmt, sofort g zu ch. [14  
„Burger Zeitung“,  
Burg l. (an der Bahnstrecke  
Hamburg-Heide).

### Matrizenbohrer

für durchsichtige Matrizenbohrmaschine in Dauerstellung sofort g zu ch. [658  
Wilhelm Woelke 3 Schriftgießerei,  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 226.

### Monotypgiefeher

erste Kraft, älterer, ruhiger Mann, alle Eindrücke selbst behebend, jederzeit einen aut. Guss lief., in ch. in Leipzig. Off. unter Nr. 12 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

### Wo übernachtete ich?

Adressen sämtl. Gewerkschaftshäuser, Gasthöfe, Seemannshäuser, Herbergen z. Seimal u. Solpize d. In- u. Auslandes. Ein wucht. Buch i. alle Fernreisen, Touren, Wanderzüge und wandernde Arbeitslosen. Zu bez. g. Einbindung d. Betrags v. 2,40 Mk. durch Richard Groß, Schwerin, Roonstr. 8.

### Teilzahlung

Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmuckwaren, Bücher.  
Kataloge umsonst u. portofrei liefern  
**Jonass & Co., Berlin A. 407**  
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Bei Arbeitslosen sowie kleineren Angelegen wollen Interessenten der Portierparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtnoteid. Geschäftsstelle des „Storr.“

### Segregale und Kästen

sowie Formregale, Segregale, Maschinliche, Walzen- und Farbenröhren, Gießbreiter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager  
Begner & Meiß, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

### Maschinenband

Friedensqualität, liefern  
Begner & Meiß,  
Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

### Reparaturen, Montagen

werden gut und billig ausgeführt von  
6] Düsselhof, Jordanstraße 7.

Von den während der „Burga“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem **Verbandsmonument** ist noch ein kleiner Vollen zum Preise von 15 Pf. für zwei Stück (Zehn- und Fünfzehn-Abgaben. Porto gratis. Die zu ch. 10 Pf.).  
Gegen Vorweisung des Betrags auf unter Postbankkonto, Leipzig Nr. 61328, zu beziehen von  
Geschäftsstelle des „Storr.“

### Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene

### Volkstürforge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft  
Hamburg 5  
überall eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

### Schriftvorlagen Gute Fachbücher Gute Werkzeuge Tische, Federn

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 3 III (Mittegeb.).  
Postfachkonto 53 430.

### Das Betriebsratsgefes

Voller Wortlaut des Gefeses mit ausführlicher Einführung von Paul Umbreit, Schriftleiter des „Korrespondenzblattes“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegen Einbindung von 3,20 Mk. Grantholzbindung durch  
H. Siegel, München 9, 145

Einzahlungen an den „Storr“-Spendenkür Deutschlands Buchdrucker“ auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328

### Für die Gehilfenprüfung

empfl. geeignete Fachbücher, Graph. Berl. H. Siegel, München 9, Katalog 50 Pf.

Unsern lieben Kollegen  
**Hermann Hofmann**  
zu seinem 50-jährigen Berufsjubiläum die  
herzlichsten Glückwünsche!  
Die Druckerkollegen der Firma  
W. Boback & Co., Leipzig.

## Freie Faktoren-Bereinigung Deutschlands

Sitz der Central-Kommission in Frankfurt a. M.  
Monat. Organisationsbeitrag M. 1.- mit der Berechtigung zum freien Bezug der F. F. B. M. Mitteilungen. Wegen Anmeldung und Auskunft wende man sich an den Vorhändigen der F. F. B. Rudolf Schjottstedt, Frankfurt a. M., Schul- u. Dörflich-Strasse 77, oder an die Kollegen für den Landkreis I: Karl Hermann, Göttingen, Reinhauler Landstraße 18; für den Landkreis II: Max Mandl, Würzburg, Schützenstraße 41; für den Landkreis III: Fr. Böner, Stuttgart, Mühlstraße 96a; für den Landkreis IV: Georg Fuchsenreiter, Regensburg, Praterstraße 10; für den Landkreis V: Ernst Straß, Pöhlstraße 1, B. Wobahnstraße 10; für den Landkreis VI: Bruno Fischer, Dresden, Herbolstr. 24 I; für den Landkreis VII: August Engwer, Berlin SO 36, Wiener Straße 14a; für den Landkreis VIII: Max Gantner, Götting, Rabenbergrstraße 33; für den Landkreis IX: Max Gantner, Götting, Rabenbergrstraße 33; für den Landkreis X: M. P. Kramer, Hamburg, Schickweg 39 c, pl. I; für den Landkreis XI: Carl Wulf, Brandenburg an der Havel, Wallstraße 5.

## „Typographia“ Berlin

Samstag, den 10. April, Montag, den 13., und Montag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Rehbly-Omnibuss, Mariannenplatz 27.  
Drei Vortragsabende des Herrn Alexander Weinbaum:

### Beethoven's Leben und seine Werke

Mitwirkende: Henriette Gottlieb vom Deutschen Opernhaus, Paula Weinbaum, Verno Spolt, Geang; Kurt Schubert, Klavier; Alfred Willensberg, Violine; ein Eintragsorchester.  
Eintrittspreis (e. schließlich Programm und Garderobe): für drei Abende 2,25 Mk., für einen Abend 3,50 Mk.  
Eintrittskarten erhältlich am Dienstagabend in der Aula, bei den nächsten Mitglidern sowie an der Abendkasse.

## Geübte Unterschneiderin

sowie einige geübte  
Teilerinnen  
sofort gesucht.  
Schriftgießerei Ludwig Wagner,  
Leipzig, Gabelsbergstraße 1a.

## Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

### Zwölfte Ausschubstzung

Die am 22. und 23. März abgehaltene Tagung wurde vom neuen Bundesvorsitzenden Theodor Leipart mit einem warmen Ausdruck an den früheren Vorsitzenden Regien eröffnet. Ferner dankte Leipart für das durch die Wahl ihm bewiesene Vertrauen, gab seinen guten Willen kund, dieses zu rechtfertigen und bat um die Unterstützung des Ausschusses. Die Verantwortung, die der Vorstand und Ausschuss gemeinsam zu tragen haben, sei eine große, da unter dem Druck der Kriegssorgen die Arbeiterschaft am schwersten leidet. Die größte Sorge, die uns am Herzen liegt, sei die Not der Arbeitslosen. Redner würde seine Pflicht veräumen, wenn er ihrer nicht in erster Linie gedenkt. Es genüge jedoch nicht das warme Mitgefühl, sondern es sei der geschlossene Wille erforderlich, die besten Kräfte daranzusetzen, den Arbeitslosen zu helfen. Wie so vieles andre, würden die Maßnahmen des Bundes durch das Vorgehen der feindsidigen Länder zum größten Teil durchkreuzt. In einer der Londoner Kontoren unterbreiteten Denkschrift habe der Bundesvorstand die Lage der deutschen Arbeiter geschildert, den guten Willen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betont und auf die Gefahren des Vorgehens der Entente auch für die Arbeiter aller übrigen Länder hingewiesen. Nichtsdestoweniger hätten die feindsidigen Regierungen ihre Absichten durchgeföhrt und weiteres Gebiet im Westen besetzt. Wiederholt seien Anfragen aus dem besetzten Gebiet an den Vorstand gekommen, was zu tun sei. Der Vorstand habe vor zahllosen Demonstrationen gewarnt und empfohlen, sich von nationalistischen Bestrebungen fernzuhalten. Ferner habe der Vorstand sich stets mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung gehalten und von ihm eine Einflussnahme verlangt. Auch dieser werde seine Bemühungen forsaken. Einstweilen müßten wir jedoch die Folgen der „Sanktionen“ tragen, die sich für die Arbeiterschaft in Vermehrung der Arbeitslosigkeit zeigen würden. Anerkennende Worte widmete Leipart den Gewerkschaftsgenossen in Oberschlesien, denen auch der Bund seine Freude und seinen Dank aussprechen müsse. Vor den Schwierigkeiten der Aufgaben in der Zukunft dürften wir nicht zurückweichen. Diese seien nicht mit Pessimismus, sondern mit Optimismus zu lösen.

Der Geschäfts- und Kassenericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1920 lag gedruckt vor und wurde durch einige Bemerkungen Grassmann ergänzt. Kassierer Kube berichtete über die im Auftrag einer früheren Ausschubstzung unternommenen Bemühungen, dem Bundesvorstand eine bessere Behausung zu verschaffen. Da diese im Berliner Gewerkschaftsbau nicht möglich ist, bliebe nur die Erwerbung eines eigenen Hauses übrig. Dazu seien aber größere Geldmittel erforderlich, zu deren Aufbringung sich die Gewerkschaften ja auch schon früher bereit erklärt hätten. Der Bundesvorstand schlug vor, daß sämtliche Gewerkschaften zu diesem Zweck für jedes ihrer Mitglieder 50 Pf. an die Bundeskasse abführen. Es folgte eine längere Aussprache, in der das Für und Wider ausgiebig erörtert wurde. Schließlich wurde der Antrag des Bundesvorstandes gegen drei Stimmen angenommen.

Ein besonderer Punkt der Tagesordnung betraf das demnächst zu erwartende Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit. Dazu berichtete Duff kurz über eine im Reichsarbeitsministerium abgehaltene Sitzung, wo der Reichsarbeitsminister Brauns seine Ansichten darüber aufwies, wie die Produktivität der Arbeit gehoben werden könnte. Dabei sei ebenfalls davon die Rede gewesen, ob auch die Zeit der Arbeitsbereitschaft in verschiedenen Berufen stets als Arbeitszeit mitzurechnen sei. Da ferner in nächster Zeit die Vorlage eines Gesetzesentwurfs über die Regelung der Arbeitszeit zu erwarten sei, hätten die Gewerkschaften Ursache, dieser Sache die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Auch hierauf folgte eine sehr lange Aussprache, an der sich hauptsächlich die Vertreter solcher Gewerkschaften beteiligten, für deren Mitglieder die Frage der Arbeitsbereitschaft besonders wichtig ist. Allgemein wurde des Festhaltens am Achtstundentage gefordert und ferner der Bundesvorstand ersucht, dafür zu sorgen, daß zu den Beratungen über den Gesetzesentwurf stets die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften hinzugezogen werden.

Die kommunistische Streikbewegung in Mitteldeutschland veranlaßte den Bundesvorstand zu folgender Entschliebung:

Die Streikbewegung im mitteldeutschen Industrie- und Grubengebiete, die von kommunistischer Seite zu politischen Zwecken vom Saune gebrochen ist, und die man jetzt zu einem Generalstreik der Gesamtarbeiterschaft auszuweiten bemüht ist, bedeutet eine schwere Gefährdung für die deutsche Wirtschaft, unter der die Arbeiterschaft selbst in hohem Maße leiden muß. Der Bundesauschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Bewegung nichts zu tun hat mit gewerk-

schaftlichen Bestrebungen, sondern einzig und allein von der Absicht geleitet ist, katastrophale Situationen zu schaffen.

Die Gewerkschaftsstellungen haben die Arbeiterschaft schon wiederholt gewarnt, solchen kommunistischen Parolen zu folgen, und sie können angeichts der gegenwärtigen Generalstreikbewegung diese Mahnung nur auf das dringendste erneuern. An den gewerkschaftlichen Organisationen darf diese Streikbewegung keinerlei Rückhalt finden.

In betreff der organisatorischen Beziehungen zum Aa-Bund und zum Deutschen Beamtenbund wurde nach längerer Aussprache eine umfängliche Entschliebung angenommen, in welcher der Ausschub seine Zustimmung gibt zu dem Ergebnisse der zwischen AaB, und Aa geföhrteten Verhandlungen. Der Bundesvorstand wurde darin weiter beauftragt, mit dem Beamtenbund über eine Klarstellung des Standpunktes dieser Organisationen gegenüber den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen zu verhandeln und ein schriftliches Abkommen zu treffen, das Gewerkschaften und Beamtenorganisationen betrieblig.

Eine Sache, die auch vielen Gewerkschaftsgenossen am Herzen liegt, ist die Ansiedlung überschüssiger Industriearbeiter auf dem Lande, da der Ausschub ebenfalls als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelte. Georg Schmidt (Landarbeiterverband) leitete die Aussprache durch ein Referat ein, worin er davor warnte, auf diese Sache übertriebene Hoffnungen zu setzen. Für ländliche Siedlungen sei der beste Boden gerade auf genug, und dieser sei in der Regel dafür nicht zu haben. Wohl könne man dafür eintreten, daß in der Umgegend von Großstädten für Industriearbeiter kleine Siedlungen errichtet werden. Man solle sich aber keine Hoffnungen machen über Siedlungen auf Oo- und Moorland. Redner warnte vor Volksbeglückern, die auf diesem Gebiet arbeiten wollten. Ferner wandte er sich im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen unter anderem auch gegen die kommunistische Behauptung, daß die Landarbeiter die landwirtschaftliche Produktion kontrollieren könnten. Die Landarbeiter müßten erst zur Solidarität erzogen werden.

In der Aussprache wandten sich mehrere Redner gegen die Kleingartenbewegung und gegen die Zerklüftung großer Güter zu Zwergbetrieben. Im allgemeinen nahm der Ausschub, jedoch eine wohlwollende Stellung zum Siedlungsgebanken ein.

Eine bittorne Frage ist die Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge, die ebenfalls als besonderer Punkt auf der Tagesordnung stand. Adolf Cohen entwarf eine erschütternde Bild von der ungeheuren Arbeitslosigkeit und der Schwierigkeit der Abhilfe. Es bleibe kein andres Mittel als die Verkürzung der Arbeitszeit (entsprechend den bereits früher im „Storr.“ mitgeteilten Forderungen des AaB.). Es ist schon verfehlt worden, die Unternehmer zu veranlassen, den Forderungen freiwillig nachzukommen. Viele Veruche sind jedoch ergebnislos verlaufen. Man müsse nun versuchen, die Durchführung auf dem Verordnungswege zu erzwingen, vielleicht mit Hilfe des Reichstages.

Die Aussprache war verhältnismäßig kurz, nicht, weil über die Frage der Arbeitslosigkeit nicht noch viel zu sagen gewesen wäre, sondern weil es sich in diesem Falle nur darum handeln konnte, welche Maßregeln zunächst zu ergreifen sind, um den Arbeitslosen wirklich zu helfen. Wiederholt wurde betont, daß weder von den Freunden noch von den Gegnern des AaB. bessere Mittel zur Linderung der Arbeitslosennot angegeben werden konnten. Zur Durchföhung dieser Forderungen ist aber auch die Solidarität der in Arbeit stehenden notwendig, wenn nicht die Gesamtheit schweren Schaden leiden soll. Es gelte die Arbeitenden darüber aufzuklären, damit sie dieses zeitweilige Opfer auf sich nehmen. Der Kampf um die Durchföhung der zehn Forderungen dürfe jedoch nicht nur den Gewerkschaftsföhren überlassen bleiben, sondern die Arbeiterschaft müsse sich selber daran beteiligen, soweit der einzelne dabei in Frage kommt. Der Ausschub ersuchte sich mit den zehn Forderungen des Bundesvorstandes einverstanden und nahm außerdem noch folgenden Antrag Sabath an:

Solle durch des Infallstretens der Londoner Beschlüsse, wonach von deutschen Ausfuhrwaren 50 Proz. des Wertes von den Ententeländern erhoben werden, eine noch weitere Verfestärkung der Arbeitslosigkeit eintreten, so wird der Bundesvorstand beauftragt, sofort zu der neuen Situation Stellung zu nehmen und entsprechende Maßnahmen über die bereits gemachten Vorschläge hinaus vorzuschlagen.

Der Ausfall der Volksabstimmung in Oberschlesien veranlaßte den Ausschub zu folgender Entschliebung:

Der Bundesauschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den Ausfall der Volksabstimmung in Oberschlesien als einen Beweis, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieses Industriegebietes selbst von der Notwendigkeit des Verbleibens im Deutschen Reich überzeugt ist.

Der Bundesauschub spricht die Erwartung aus, daß der Mehrheitswille der dortigen Bevölkerung auch von den allierten Mächten respektiert wird und Oberschlesien ungeleilt bei Deutschland verbleibt. Jede Zerklüftung Oberschlesiens würde nicht nur Deutschland in seinem Wiederaufbau und in der Erfüllung seiner im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen aufschweren hemmen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der dortigen, von Deutschland abgetrennten Gebiete gefährden und die sozialpolitischen Errungenschaften der betroffenen Arbeitnehmer vernichten.

Der Bundesauschub nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von den auch nach der Abstimmung fortgebliebenen polnischen Terrorhandlungen gegen deutsche Gewerkschaftler, die sich vergebens um ausreichenden Schutz an die internationalisierte Kommission gewandt haben und nunmehr in einem öffentlichen Aufruf an die gesamte Bevölkerung appellieren müssen. Der Bundesauschub versichert die Gewerkschaften Oberschlesiens seiner tatkräftigen Hilfe und wird alle geeigneten Schritte unternehmen, um den bedrohten Brüdern den erforderlichen Schutz zu sichern.

Ferner stand auf der Tagesordnung noch die Abklärung des Anschließverhältnisses des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (Weser Verband) zum AaB. Mehr als hat bekanntlich entgegen dem Verprechen seines Vorstandes der Einheitsorganisation im Gastwirtschaftsbereich nicht angeschlossen. Der Bundesvorstand des AaB. stellte eine Kundgebung vom Vorstande des genannten Bundes mit, wonach für diesen die Sache erledigt sei. Es ist bekannt geworden, daß der Bund zu den Christlichen übergegangen ist. Als freigeberkschaftliche Organisation im Gastwirtschaftsbereich kommt also nur der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten in Betracht.

Von der Verwaltung des Leipziger Volkshauses lag ein Gesuch um Zuwendung von Darlehen zum Wiederaufbau vor. Es wurde den einzelnen Verbänden anheimgestellt, sich daran zu beteiligen.

Zu dem im November 1921 in Paris stattfindenden nächsten Internationalen Gewerkschaftskongress sollen die Verbände Anträge bis Anfang Mai an den Bundesvorstand einreichen.

Zum Schluß wurden die Gewerkschaften, die Teilnehmer zu den Kurien in Frankfurt a. M. einsehen, aufgefordert, sich im Anschluß an die Sitzung des Bundesauschusses über möglichst einheitliche Entschliebungslösungen für die Teilnehmer an den Kurien zu verständigen.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. Am 1. April konnten drei Kollegen, die Seher Hermann Allich und Franz Sesse sowie der Direktor Oskar Luther auf eine 50jährige Buchdruckerlaufbahn zurückblicken. Die beiden Erstgenannten verließen nach dem Auslernen ihre Heimatstadt Kitzlin, um in verschiedenen Städten Deutschlands zu konditionieren. Dann kamen sie nach Berlin und arbeiteten in mehreren Druckereien, um nun seit einer langen Reihe von Jahren bei der Firma E. S. Müller & Sohn zu verbleiben. Kollege Luther, der in Berlin bei Stanlewicz auslernte, machte sich nach Abloswerung einiger Druckereien kurze Zeit selbständig. Seit 1887, bis zur Auflösung des Geschäfts, war er bei Julius Stillefeld in Kondition, um nach längerer Konditionlosigkeit auch in zuerst genannter Druckerei seine Tätigkeit zu beginnen. Wir wünschen unsern Subtilaren noch lange Kraft zur Ausübung ihres Berufs.

Berlin. Die Sparte der 50jährigen Berufsubtilare vermehrt sich in untrer Druckerei wiederum um ein weiteres Mitglied, denn am 11. April kam unser Kollege, der Seher Heinrich Rahn, am 25. November 1855 zu Strelich geboren, auf eine 50jährige Buchdruckerlaufbahn zurückblicken. Am 1. April 1871 trat er bei S. Wbe (später L. Wbe) in Prenzlau in die Lehre und blieb nach deren Beendigung noch längere Zeit dalebst als Gehilfe tätig. Später konditionierte er in Greifswald, Stee an der Ruhr, Gräfenhainichen, Freienwalde. In der Zwischenzeit war seine Tätigkeit wiederum in Prenzlau, wolebst er von 1879 bis 1881 Bezirkskassierer war. Seit Anfang der 80er Jahre in Berlin, ist er mit kurzen Unterbrechungen seit 1896 in der Norddeutschen Buchdruckerei tätig. Eine kleine offizielle Festsch veranstalteten die Arbeitskollegen den Jubilaren am 1. April in der Druckerei.

Berlin. (Maschinenmeisterverein.) In der Vertrauensmännerverammlung am 10. Februar und der Mitgliederverammlung am 17. Februar trat zum ersten Male der neugewählte Vereinsvorstand vor die breitere Öffentlichkeit. Die Vertrauensmännerverammlung sollte Resolvente der Kolle-Ge Braum und Croft entgegennehmen über die „Durhebung des neuen Tariffs“. Leider waren beide durch die zur Zeit laufende Tarifauschubstzung am Erscheinen verhindert. Trotzdem nahm die Verammlung nach einigen einleitenden Worten zu dem Thema durch den Vorsitzenden Poschmann einen

äußerst anregenden Verlauf. Naturgemäß spielte der § 72 des neuen Tarifs, der von der Einführung des Einmaldrucksystems spricht, eine Hauptrolle. Allgemein wurde bemängelt, daß dieser die ne bestimmtere Form erhalten habe. Die Worte „in der Regel“ lassen viele Auslegungsmöglichkeiten zu. Jedoch wurde ein Schiedsgerichtsurteil bekanntgegeben, das in der Beziehung für uns ganz günstig ist, als es auspricht, daß erst bei einer Auflage von über 25000 von dem Drucker die Bedienung einer zweiten Schnellpresse verlangt werden kann. Es ist aber zu beachten, daß es sich d. bei um Arbeiten von durchweg geringerer Qualität handelte, als es jetzt dem nichts im Wege, bei besseren Arbeiten die Auflagenziffer höher hinaufzusetzen. Auch der § 8 Absatz 8 und 9 erlöhnen Kritik, da sich in der Praxis zeigt, daß eine ganze Anzahl Prinzipale mit diesem Paragraphen und den Kollegen nach Willkür verfahren. Man stellt einfach Arbeitskräfte immer nur auf vier Wochen ein, entläßt sie dann, um schon nach einem oder zwei Tagen neue Leute oder gar dieselben wieder zu holen, um dann daselbst Manöver zu machen. Auf diese Weise werden die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen umgangen und es den Kollegen unmöglich gemacht, in feste, dauernde Konditionen zu kommen. Diesem Treiben muß und wird in nächster Zukunft ein Riegel vorgehoben werden. Wie dringend nötig es ist, daß sich jeder Druckerkollege seiner eigene Anteil, zeigte so recht die Diskussion über die Einführung des Offsetdrucks. Die Kollegen der Firma Bogenstein zeigten durch reichhaltiges Material, welche Menge von Arbeiten, von der gewöhnlichsten bis zum schönsten Drei- und Vierfarbendruck, der Buchdruck herdurch entzogen wird. Nach lebhafter Diskussion wurde der Vorstand beauftragt, sich mit den Verbandsvorständen der Buchdrucker und der Steinbrucker schnellstens in Verbindung zu setzen, um die Frage der Belegung der Offsetmaschinen einer genaueren Regelung auszuführen. — In der Verammlung am 17. März traten diese anregenden Fragen ebenfalls stark in den Vordergrund. Dann wies Kollege Polchmann u. a. auf das am 9. April fällige Stillungsfest des Vereins, der dieses Jahr sein 25jähriges Bestehen feiert, hin. Ferner hatten wir die große Freude, einen vorzüglichen instruktiven Vortrag unseres früheren langjährigen Vorstehenden, Kollegen Krätke, über „Ursprung, Fabrikation und Eigenschaften der graphischen Farben“ zu hören. Des weiteren kamen noch Vorgänge zur Sprache, die sich bei den letzten Wahlen zu den Tarifkongressen ergeben haben. Darüber soll noch in der Märzverammlung weiter verhandelt werden. Als Kreisortstand des Kreises Berlin wurden gewählt die Kollegen Keller, Daggel, Vogel, E. Verband und Sell. Das Interesse für den Verein scheint sich in letzter Zeit erfreulich zu regen. Im Monat Februar wurden 70 Aufnahmen vollzogen.

Dr. Bromberg (Bundgenosse). Der 5. März vereinigte den hiesigen Ortsverein des Verbandes Deutscher Buchdrucker in der Republik Polen zu einer würdigen Auswandererabschiedsfeier, die vom Gelangverein „Gutenberg“, der immer noch „kompakt“ bei allen Buchdruckerveranstaltungen zur Stelle ist, durch stimmungsvolle Gesänge eingeleitet wurde. In wehmütiger Erinnerung längst entschwundener Zeiten gedachte der Vorsitzende Spang der scheidenden Kollegen, hob besonders die Verdienste des bisherigen Verbandsvorstehenden Voreiz sowie des langjährigen Kassierers Lindstedt um unsern Verein hervor und wünschte allen auswandernden Kollegen ferneres Wohlergehen in der neuen Heimat. Kollege Mattheich als Vorsitzender des Gelangvereins bedauerte, daß durch den Wegzug, der infolge des Einnehmens der „Ostdeutschen Presse“ (jetzt „Bromberger Presse“) erfolgen muß, manche Lücke in unsere Reihen gerissen sei. Dies aber sollte uns nicht abhalten, durch vollständigen und fleißigen Besuch der Gelangstunden diesen Verlust wettzumachen. Auch er widmete den scheidenden Kollegen ein herzliches Lebewohl. Der Verlauf des Abends erinnerte an die frühere buchdruckerliche Gemütslichkeit, die sowohl den etwa zwölfauswandernden Kollegen als auch den hiesigen Teilnehmern eine bleibende Erinnerung sein wird.

Sirchberg i. Schl. (Maschinenmeisterverein). In der Generalversammlung am 13. Februar wurde zum Vorsitzenden Kollege Otto Burckert jun. und zum Kassierer Kollege Ernst Schur wiedergewählt. Vier Aufnahmegelechte wurden erledigt. Aus Anlaß des Gründungsplans (zehnjähriges Bestehen) gedachte unser Vorsitzender der Gründer unserer Sparte, die noch in untern Reihen verstreut sind.

m. Koblenz. Die sehr gut besuchte Jahreshauptversammlung des Bezirks Koblenz fand am 13. März in Koblenz, vor Eröffnung trug der Gelangverein „Gutenberg“ (Koblenz) mit vieler Bravour zwei Chöre vor. Außer einigen geschäftlichen Mitteilungen gedachte der Vorsitzende eines verstorbenen Kollegen und widmete ihm einen warmen Nachruf. Der Stellenbericht lag gedruckt vor und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Den Eckstrahl der ganzen Versammlung bildete der Bericht über die Bezirksverleiderkonferenz und die Kreisamtsprüfung in Köln, worüber der Vorsitzende Neu berichtete. Er behandelte eingehend die Vorgänge im Saargebiet, die 15-Milometer-Grenze, die Kohalufschlagsfrage sowie die von Prinzipalseite im Kreise II eingenommene Stellung betreffs der Sonderzulage. Die anschließende Diskussion war äußerst reichhaltig und fruchtbar. Es wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß an einen Abbau der Zulage in der heutigen Zeit nicht zu denken sei; man erwarte eher eine weitere Zulage, um den so hermitgekommenen Hausstand wieder in Ordnung bringen zu können. Mit der Gründung eines Kampfkomitees erklärte sich die Versammlung mit großer Mehrheit im Prinzip einverstanden und war bereit, einen entsprechend höheren Beitrag zu zahlen.

Vom Vorstehenden wurde der Jahresbericht erstattet. Bei der Vorstandswahl wurden Kassierer und Schriftführer neugewählt, im übrigen blieb es beim Alten. Der Bezirksbeitrag blieb in seiner bisherigen Höhe (45 M.). Besleben und als Ort der nächsten Versammlung wurde Kreuznach gewählt. Die Fahrkostenentschädigung dieser Stelle wurde bewilligt. Es folgte schließlich noch die Regelung verschiedener tariflicher Fragen.

Kreuzburg (O.S.). Unser vor kurzem aus der Taufe gehobener Ortsverein hielt am 27. Februar seine Monatsversammlung ab, die von Kollegen der Orte Kreuzburg, Konrad, Pilschen und Nollenberg vollständig besucht war. Vor Beginn der Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende H. Schollmeyer die nach hier zugezogenen, in der neugegründeten Druckerlei der „Kreuzburger Nachrichten“ befristeten Kollegen. Die vorliegende Tagesordnung war eine sehr reichhaltige, zwei Kollegen wurden neu aufgenommen, der Vorstand erweitert, die Zeit der Verlehrsabteilung gewahrt und sonstige wichtige Angelegenheiten erledigt. Es wurde der Wunsch geäußert, an die größeren Mitgliedschaften und Sachverbände mit der Bitte heranzutreten, um dem jungen Ortsvereine Material für die Verlehrsabteilung zu überlassen, damit die Geschäfte der Lehrkassen mit der Anwendung des neuen Materials vertraut machen und sie zu tüchtigen Gehilfen heranbilden.

Lahr i. B. Am 9. und 10. April begeben wir die Leiter des 50jährigen Bestehens unseres Ortsvereins. In Verbindung damit soll unser Verbandsveteran, Kollege Georg Friedrich Stoll, der auf eine 50jährige Mitgliedschaft zurückzuführen kann, in verdiente Weise geehrt werden. Seine große Tätigkeit während langer Jahre das Amt des Ortsvereinsvorstehenden und des Kassierers. Sein eignes Werk ist mit demjenigen unseres Ortsvereins aufs engste verknüpft, und so ist sein Ehrenrang auch der unsere.

St. München. (Bezirksverein der Bayerischen Maschinenherverzeugung). In der Generalversammlung am 20. Februar war auch von auswärtigen Mitgliedern gut besucht. In der Eröffnungsrede präziserte der Vorsitzende den Standpunkt einer tags vorher abgehaltenen Versammlung der Leitungsperonele, die den Verbleib der Prinzipale betreffs Urrechnen von Monatsgehältern mit striktem Nein beantwortete. Auch der Vorsitzende als Teilnehmer an dieser Versammlung trat dieser Ablehnung bei. Die Generalversammlung stellte sich durch die angenommene Resolution einmütig auf diesen Standpunkt, wobei in der Debatte zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine richtige Bezahlung die beste Waffe gegen die Einführung der Monatsgehältern sei. Belont wurde weiter vom Vorstehenden das so geringe Ergebnis der Beschlüsse des Maschinenherverzeugnisses. Es folgten hierauf der Bericht über die Neuwahl der Zentralkommission. Die nun glücklicherweise vollzogene Bildung einer Gauvereinigung wurde von der Versammlung zur Kenntnis genommen. Nach Entlastung des Kassierers für den Rechnungsabteil für Gau und Bezirk wurde die Neuwahl der Vorstandskräfte vollzogen, die in den Hauptposten folgendes Resultat ergab: Joseph Wips (Vorsitzender), H. Kriehel (Kassierer). Die Technische Kommission besteht aus drei Kollegen. Dem zurückgetretenen Vorstehenden Hesse sei der Dank der Mitgliedschaft für seine Tätigkeit, speziell bei der Bildung der Gauvereinigung, an dieser Stelle ausgesprochen.

München. (Maschinenmeister. — Vierteljahrsbericht.) Eine Monatsversammlung am 15. Januar behandelte die Sonderbestimmungen im neuen Tarif. Kollege Sellner erläuterte diese in kurzen Zügen. Nachdem die Belegung an den Relaktionsmaschinen in der Hauptsache so geblieben sei wie bisher, könne von einer Verbesserung der Verhältnisse überhaupt nicht die Rede sein. Bei der 6-fachen Relaktionsmaschine müsse unbedingt der Zwischenfall verschwinden: „so zwar, daß jede Hälfte etwas anders produziert“, weshalb wir die Zentralkommission eruchten, die geeigneten Schritte zu unternehmen. In Zukunft sollten überhaupt auch die süddeutschen Verhältnisse Berücksichtigung finden. Wir werden alles unternehmen, um überall die Belegung so durchzuführen, wie es der Tarif vorschreibt. In „Technischen“ wurde noch auf den neuen Aufzug, der schon in verschiedenen Bestrieben zur Anwendung kommt, hingewiesen. Es ist das der Molekularer, der statt des Subes verwendet wird, womit ganz überraschende Resultate erzielt wurden. Wir werden in untern „Technischen Mitteilungen“ einiges darüber sagen. — Die Vereinsversammlung am 21. Januar war wieder überaus stark besucht. Nachdem der gestaltliche Teil erledigt war, hielt Herr Ingenieur Fuhrmann (Leipzig) einen sehr instruktiven Vortrag über den „Rotary“-Anlageapparat. An der Hand von großen Sektionszeichnungen erläuterte er bis ins kleinste den Mechanismus und Arbeitsgang des Apparates. Die interessantesten Ausführungen wurden nach einer kurzen Diskussion mit großem Beifall aufgenommen. Der Firma sowie dem Herrn Referenten sei auch hier der Dank zum Ausdruck gebracht, ganz besonders für das anerkennenswerte Entgegenkommen auch in anderer Beziehung. — Trotz der am Nachmittag abgehaltenen Verbands- und Leitungsbetriebsversammlung war auch die Jahreshauptversammlung am 19. Februar sehr stark besucht. Nachdem das Ableben eines verdienten Kollegen in der nächsten Weise geehrt und der gehaltliche Teil erledigt worden war, gab der Vorsitzende Sellner seinen Bericht über die Tätigkeit des Vereins. Der Kassierer behandelte den gewohnten Stand der Kasse. Mit besonderem Danke sei noch auf die 25jährige Tätigkeit eines Kassierers, des Kollegen Franz Reichherzer, hingewiesen. Aus dem Berichte des Kreises München, den der Vorsitzende Georg Regn gab, war zu entnehmen, daß sich die lauthelle Agi-

lation in Bayern und ebenfalls die nicht geringe Arbeit des Kreisvorstehenden lohnten. Die finanzielle Lage des Kreises ist leider eine traurige, weshalb auch in dieser Beziehung vom Bezirksvereine München nicht unerhebliche Mittel aufzubringen sind. Wir werden unser Möglichstes tun, um den Kreis am Leben zu erhalten und die Reihen der Drucker Bayerns zu stärken. Die Generalversammlung brachte dem Bezirks wie dem Kreisabschluss ihr Vertrauen in der Form zum Ausdruck, daß sie beide Ausschüsse per Akklamation wiedergewählte. Von Vorstande lagen neun Klagen vor, die ohne besondere Debatte einstimmig angenommen wurden. Ganz besonders verdient ein Antrag Erwähnung, eine Agitationskassa ins Leben zu rufen, in die 5 M. pro Mitglied und Woche abgeführt werden. Aus der Kasse werden die Stollen für den Ausbau des Bezirks befristet. Damit haben wir nun einen Grundstock gebildet, mit dessen Hilfe wir die Agitation im Bezirk in erweiterter Maßnahme aufnehmen können zum Vorteil für die gesamte Druckerbewegung, aber auch zum Nutzen unseres Verbandes.

Münster. (Maschinenherverzeugung.) Die am 6. Februar in Münster abgehaltene Bezirkshauptversammlung war gut besucht und nahm einen anregenden Verlauf. Der Bericht von der Letzte Jahreshauptversammlung rief eine lebhafte Debatte hervor, in der durchweg die Art der Abstimung über die Verlegung des Gauorts von Essen nach Köln, bei der letzterer Ort in corpore angezogen war und die Delegierten der übrigen Bezirke überstimmte, in klaren Worten kritisiert wurde. Die Versammlung e konnte den auf eigenartige Weise gefaßten Beschluß nicht an und beauftragte den Vorstand, beim Gauvorstande gegen diesen Protest einzulegen. Kollege Püschel gab den Jahresbericht, aus dem zu erkennen war, daß sich der Bezirk im verflochtenen Jahre gut entwickelt hat; 33 Kollegen gehören jetzt der Sparte an. In kommender Zeit will man sich auch erstreckt der Pflege des Technischen widmen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und durch einen dritten Mann verstärkt. Unter „Verchiedenes“ wurde zur Sprache gebracht, daß in einer hiesigen Druckerlei ein Offizier a. D. und Schriftsteller einer rechtsstehenden Zeitung an der Entlohnung „ausgebildet“ worden ist. (1) Die Kollegen der betreffenden Druckerlei, die die Sache nicht tragisch genommen hatten, wurden entsprechend bestraft.

### Briefkasten

H. G. in B., D. B. u. D. N. in B.: Besten Dank für Zusendung deines Besondere nach Raum, Zeit und Gelegenheit. — H. G. in S.: Unverändert, wird kein Mensch dar zu geholt; hierüber würde Mitgliedschaftsausweis, fehlen. — M. G. in B.: Doch sehr bedauerlich, daß jede noch nicht erledigt überwinden ist. Mühselig nun baldige und gründliche Herstellung! — D. B. in E., D. S. in B., G. in E., S. in B.: Gündel Aufnahme je nach freierverwendeten Raum und pfeifender Anleihe. — D. S. in S.: Ich muß am 1. März nach Bonn gehen und werde nicht mehr in die Stadt kommen. — H. G. in E.: Das Sie über den Berliner Kampf immer und über die Bezeichnung „andere“ nicht jener Artikel darüber, kommt mir nicht zuhelfen. Ich ja aber zum Erfolg damit. Ihr Artikel hat aufgenommen. Es ist ein Verlehrsbericht eine außerordentliche Schönheit von Kritik und Verlehrsberichten, obwohl wir von letzteren in den jüngsten Nummern viel untergebracht haben, geben doch noch 65 in das neue Quartal hinüber. Die letzte Nummer Ihres Berichts ist somit erledigt. — G. G. in Bdg.: 8,50 M. — A. G. in Osnabrück: 7 M.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 11.  
Sprechsprecher: Emil Kurfürst, Nr. 1191.

Erhöhung der Entschädigung für die Reichsfederwalter für die Abfertigung der Redenden in rd vom heutigen Tag ab einseitlich von 10 bzw. 20 auf 30 M. erhöht.  
Berlin, 29. März 1921. — Die Hauptverwaltung.

Hannover. Das Buch des Kollegen Wilhelm Westermann (Hauptbuchnummer 33819) ist auf der Post verloren gegangen. Dem Kollegen W. w. er unter gleichem Namen ein zweites Buch aufgestellt und das erste Buch für unglücklich erklärt. Die Herren Vertrauensleute und Kassierer werden gebeten, D. darauf zu verweisen.

Barmen. Das Buch des Kollegen Wilhelm Westermann (Hauptbuchnummer 33819) ist auf der Post verloren gegangen. Dem Kollegen W. w. er unter gleichem Namen ein zweites Buch aufgestellt und das erste Buch für unglücklich erklärt. Die Herren Vertrauensleute und Kassierer werden gebeten, D. darauf zu verweisen.

### Adressveränderungen

Potsdam (Bezirk). Kassierer: Otto Küllig, Blindweg (Zauche), Tel. 13.  
Bezirks-Vereinsrat. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Wilhelm Wilmshausen, Postfach 10, Bismarckstr. 10; Kassierer: Hans Jahn, Begeck, Grenzstraße 6.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Einwanderung innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):  
Im Gau An der Saale der Geher Otto Schindendöbel, geb. in Schwabach a. d. E. 1886, ausged. dal. 1904; war schon Mitglied. — Hugo Nöhl in Halle a. S., kleine Klausstraße 7 I.  
Im Gau Schlefien der Geher Erdmann Hoffmann, geb. in P. am 17. 1877, ab. gel. dal. 1905; war schon Mitglied. — Max Dieckhoff in Weiden i. N. Kupferhammerstraße 7 I.  
Im Gau T. an der Elbe der Geher I. Michael Amortmann, geb. in Hassen 1884, a. gel. dal. 1922; 2. Geharn Buch, geb. in H. 1895, ausged. dal. 1913; waren schon Mitglieder; 3. Georg Schmitt, geb. in M. 1891, ab. gel. dal. 1909; war noch nicht Mitglied. — Hans Hennerich in München, Holzstraße 24 I.

### Berammungskalender

Breslau. Maschinenherverzeugung. Generalversammlung Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.  
Breslau. Maschinenherverzeugung. Generalversammlung Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr, im „Eisenwerk“, Kaulbachstraße 16.  
Waldenburg i. Schl. Verammlung Sonntag, den 9. April, abends 7 Uhr, im Vereinszimmer der „Vorwärts“ Bierhalle.